



Antrag

der Fraktionen von **SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP** und der **Abgeordneten des SSW**

Konferenz zur Zukunft Europas starten und aktiv mitgestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Entschlüsse des Europäischen Parlaments zur Konferenz zur Zukunft Europas und sagt seine volle Unterstützung für den angedachten Prozess zu.

Der Landtag schließt sich der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen (AdR) zur Bedeutung der regionalen Partizipation im Konferenzprozess an und unterstützt Aktivitäten in Schleswig-Holstein, die im Rahmen der Zukunftskonferenz eine Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger am Beratungsprozess möglich machen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Konferenz so bald wie möglich gestartet wird sowie
- geeignete Beteiligungsformen für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein zu erarbeiten und umzusetzen.

— Begründung:

Die Präsidentin der Europäischen Kommission hat in ihrer Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament im Juli 2019 die Einberufung einer Konferenz zur Zukunft Europas angekündigt, die der europäischen Demokratie einen neuen Impuls geben soll. Die Europäische Kommission hat im Januar 2020 einen Vorschlag zur Gestaltung dieser Konferenz vorgelegt. Ziel ist es, dass über einen Zeitraum von

zwei Jahren Bürgerinnen und Bürger, EU-Organe, nationale, regionale und lokale Politikerinnen und Politiker darüber diskutieren und Vorschläge dazu erarbeiten sollen, wie die Europäische Union politisch und institutionell weiterentwickelt und gemeinsam gestaltet werden kann.

Sowohl das Europäische Parlament als auch der Ausschuss der Regionen (AdR) haben in ihren Entschlüssen vom Januar und Februar 2020 das Anliegen der Europäischen Kommission unterstützt und drauf hingewiesen, dass der Beteiligung der Regionen und der Bürgerinnen und Bürger eine hohe Priorität eingeräumt werden muss.

Die Konferenz sollte ursprünglich am 9. Mai 2020 – dem Europatag – starten. Aufgrund der Coronakrise ist der Beginn jedoch nach hinten verschoben worden.

In weiteren Entschlüssen vom April und Juni 2020 hat das Europäische Parlament darauf hingewiesen, dass die COVID-19-Krise noch deutlicher gemacht hat, dass die Europäische Union reformiert und dringend effektiver und effizienter werden muss und gefordert, dass die Konferenz so bald wie möglich einberufen werden muss.

Regina Poersch
und Fraktion

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Bernd Voss
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW